Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Alsfeld und Lauterbach

Vom 11. Juli 1972

ERSTER ABSCHNITT

Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Stadt Kirtorf
Die Gemeinden Arnshain und Helmersthausen werden in die Stadt Kirtorf eingegliedert.

§ 2
Stadt Alsfeld
Die Gemeinde Liederbach sowie die Gemeinden Berfa, Hattendorf und Lingelbach aus dem Landkreis Ziegenhain werden in die Stadt Alsfeld eingegliedert.

§ 3
Stadt Grebenau
Die Gemeinde Bieben wird in die Stadt Grebenau eingegliedert.

§ 4
Stadt Ulrichstein
Die Gemeinde Feldbrücken wird in die Stadt Ulrichstein eingegliedert.

§ 5
Gemeinde Freiensteinau
Die Gemeinde Radmühl aus dem Landkreis Lauterbach, die Gemeinde Radmühl aus dem Landkreis Gelnhausen, die Gemeinde Reinhardts aus dem Landkreis Schlüchtern und die Gemeinde Weidenau aus dem Landkreis Fulda
werden in die Gemeinde Freiensteinau eingegliedert.

§ 6
Gemeinde Grebenhain
Die Gemeinden Metzlo-Gehag und Steigertal werden in die Gemeinde Grebenhain eingegliedert.

§ 7
Stadt Herbststein
Die Gemeinden Rixfeld, Schadges und Stockhausen werden in die Stadt Herbststein eingegliedert.

§ 8
Stadt Lauterbach
Die Gemeinde Allmenrod wird in die Stadt Lauterbach eingegliedert.

§ 9
Gemeinde Wartenberg
Die Gemeinden Angersbach und Landenhausen werden zu einer Gemeinde mit dem Namen „Wartenberg“ zusammengeschlossen.

§ 10
Stadt Schlitz
Die Gemeinden Hartershausen und Unter-Schwarz werden in die Stadt Schlitz eingegliedert.

§ 11
Stadt Schotten
Die Stadtteile Burkhard, Kaulitshof und Sichenhausen der Stadt Gerdern werden in die Stadt Schotten eingegliedert.

ZWEITER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Kreisebene

§ 12
Vogelsbergkreis

(2) Die Stadt Schotten aus dem Landkreis Büdingen wird in den Vogelsbergkreis eingegliedert.

DRITTER ABSCHNITT
Überleitungsvorschriften

§ 13
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der bisherigen Gemeinden. Der Vogelsbergkreis ist Rechtsnachfolger der Landkreise Alsfeld und Lauterbach.

§ 14
Rechtsstellung der Bediensteten
Die Beamten der Landräte der Landkreise Alsfeld und Lauterbach als Behörden der Landesverwaltung gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als versetzt zum Landrat des Vogelsbergkreises als Behörde der Landesverwaltung.

§ 15
Orts- und Kreisrecht
In den neugliederten Gemeinden und Landkreisen gilt das bisherige Orts- und Kreisrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 16
Überleitung der Haushaltspläne

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die neugliederten Gemeinden des Vogelsbergkreises.

§ 17
Wahl der Vertretungskörperschaften der neugliederten Gemeinden und des Vogelsbergkreises

(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden und Landkreisen gilt als Wohnsitz in den neuen oder aufnehmenden Gemeinden und im Vogelsbergkreis.

VIERTER ABSCHNITT
Schlußbestimmungen

§ 18
Änderung der Grenzen der Regierungsbezirke
§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der Regierungsbezirke und den Dienst-
sitz der Regierungspräsidenten vom 29. April 1968 (GVBl. I S. 119) wird wie folgt geändert:

In Abs. 1 werden die Worte „Alsfeld“ und „Lauterbach“ sowie die Kommata nach diesen Worten gestrichen und nach dem Wort „Usingen“ ein Komma und das Wort „Vogelsbergkreis“ eingefügt.

§ 19
Ausführungsvorschriften
Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

§ 20
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

1) Andert GVBl. II 330-7

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Neugliederung der Landkreise Hersfeld und Rotenburg

Vom 11. Juli 1972

ERSTER ABSCHNITT

Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Gemeinde Alheim

§ 2
Stadt Rotenburg a. d. Fulda

§ 3
Stadt Sontra
Die Gemeinden Mitterode, Stadthospital, Thurnhöchbach und Wichmannshausen aus dem Landkreis Eschwege werden in die Stadt Sontra eingegliedert.

§ 4
Gemeinde Cornberg
Die Gemeinde Königswald wird in die Gemeinde Cornberg eingegliedert.

§ 5
Gemeinde Ludwigsgau
Die Gemeinden Ludwigsgau, Meckbach, Niederthalhausen und Rohrbach werden in die Gemeinde Ludwigsgau eingegliedert.

§ 6
Stadt Bad Hersfeld
In die Stadt Bad Hersfeld werden eingegliedert:
1. aus der Gemeinde Neuenstein die Flurstücke:
  Gemarkung Oberförsterei Hersfeld II
  Flur 1 Nr. 19/2
  Flur 2 Nr. 3, 4, 6/1, 6/2, 7, 8/1, 9/1, 9/3, 46/5, 48/2, 49/1, 50/9, 51/10, 54/20, 55/0,9, 56/0,9 und 57/0,9;
2. aus der Gemeinde Reckerode die Flurstücke:
  a) Gemarkung Oberförsterei Hersfeld II
Flur 2 Nr. 11, 13 bis 17, 28, 29, 35, 36/19, 37/19, 38/19, 39/19, 40/19, 42/18, 52/10 und 53/12
Flur 3 Nr. 47, 4/8, 8, 39/3, 39/4, 48/1, 48/3 bis 48/8, 49, 72, 74, 75, 87, 90 bis 92, 93/1 bis 93/5, 95, 97/5, 100/1, 101/4, 103/77, 104/78, 105/79, 106/80, 107/88, 108/9, 110/86, 111/84, 113/85, 115/50, 117/73, 118/73, 119/0, 121/0, 122/39, 124/4, 125/4, 127/0, 128/0, 128/3, 128/4, 128/6, 128/7 und 129;

3. aus der Gemeinde Kerspenhausen die Flurstücke:
   a) Gemarkung Kohlhaven
      Flur 2 Nr. 18, 19, 114/88
      Flur 6 Nr. 2/1, 6 bis 8, 16/4, 18/5 und 20/3/8;
   b) Gemarkung Bad Hersfeld
      Flur 51 Nr. 8/2, 26/2, 27/2, 54/2, 55/2, 56/2, 57/2, 58/2, 76/2, 77/2, 80/2, 81/2, 78/4 und 79/4.

§ 7 Gemeinde Hauneck

Die Gemeinde Etria sowie die Gemeinden Bodes und Fischbach aus dem Landkreis Hünfeld werden in die Gemeinde Hauneck eingegliedert.

§ 8 Gemeinde Friedewald

Die Gemeinde Motzfeld wird in die Gemeinde Friedewald eingegliedert.

§ 9 Gemeinde Heringen

Die Gemeinden Herfa, Kleinensee und Widdershausen werden in die Gemeinde Heringen eingegliedert.

§ 10 Gemeinde Philippsthal

Die Gemeinden Gethsemane, Harnrade, Heimboldshausen, Philippsthal (Werra), Röhrigshof und Unterneurode werden zu einer Gemeinde mit dem Namen „Philippsthal“ zusammengegründet.

§ 11 Gemeinde Schenklengsfeld

Die Gemeinden Hilmes, Wippershain und Wüstfeld sowie die Gemeinde Erdmannrode aus dem Landkreis Hünfeld werden in die Gemeinde Schenklengsfeld eingegliedert.

§ 12 Gemeinde Niederaula

1) Die Gemeinde Kerspenhausen — mit Ausnahme der in § 6 Nr. 3 genannten Flurstücke — wird in die Gemeinde Niederaula eingegliedert.

2) In die Gemeinde Niederaula werden weiter eingegliedert aus der Stadt Bad Hersfeld die Flurstücke:
   Gemarkung Beiershausen
   Flur 8 Nr. 1 bis 13, 19 und 36/1
   Flur 9
   Flur 10 mit Ausnahme der in § 13 Abs. 2 Nr. 1 genannten Flurstücke
   Flur 11 Nr. 18/7 (ttw.) und 19
   Flur 12 mit Ausnahme der Flurstücke Nr. 2/2, 3/2 und 3/3.

§ 13 Gemeinde Kirchheim

1) Die Gemeinden Gersdorf, Hedersdorf, Reckerode — mit Ausnahme der in § 6 Nr. 2 genannten Flurstücke — und Willingshain werden in die Gemeinde Kirchheim eingegliedert.

2) In die Gemeinde Kirchheim werden weiter eingegliedert:
   1. aus der Stadt Bad Hersfeld die Flurstücke:
      Gemarkung Beiershausen
      Flur 10 Nr. 17/2 bis 17/10, 17/11 (ttw.) und 17/12
      Flur 11 mit Ausnahme der in § 12 Abs. 2 genannten Flurstücke
      Flur 12 Nr. 2/2, 3/2 und 3/3;
   2. aus der Gemeinde Niederaula die Flurstücke:
      Gemarkung Kleba
      Flur 1 Nr. 18/1, 31/1, 36/2, 36/4 und 36/5.

§ 14 Gemeinde Neuenstein

Die Gemeinde Obergesi wird in die Gemeinde Neuenstein eingegliedert.

§ 15 Gemeinde Haunetal

Die Gemeinden Holzheim, Krupis und Stärklos sowie die Gemeinde Unterstoppel im Landkreis Hünfeld werden in die Gemeinde Haunetal im Landkreis Hünfeld eingegliedert.

§ 16 Gemeinde Breitenbach a. Herzberg


ZWEITER ABSCHNITT

Neugliederung auf der Kreisebene

§ 17 Landkreis Hersfeld-Rotenburg

1) Der Landkreis Hersfeld mit der Stadt Bad Hersfeld und den Gemeinden

(2) Die Stadt Sontra wird in den Landkreis Eschwege, die Gemeinde Rengshauser in den Landkreis Fritzlar-Homberg eingegliedert.

(3) In den Landkreis Hersfeld-Rotenburg werden eingegliedert aus dem Landkreis Hünfeld die Gemeinde Haunetal und aus dem Landkreis Ziegenhain die Gemeinde Breitenbach a. Herzberg.

DRITTER ABSCHNITT

Überleitungsvorschriften

§ 18
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der bisherigen Gemeinden. Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg ist Rechtsnachfolger der Landkreise Hersfeld und Rotenburg.

§ 19
Rechtsstellung der Bediensteten
Die Beamten der Landräte der Landkreise Hersfeld und Rotenburg als Behörden der Landesverwaltung gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als versetzt zum Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg als Behörde der Landesverwaltung.

§ 20
Orts- und Kreisrecht
In den neugliederten Gemeinden und Landkreisen gilt das bisherige Orts- und Kreisrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 21
Überleitung der Haushaltspläne

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die neugliederten Gemeinden des Landkreises Hersfeld-Rotenburg.

§ 22
Wahl der Vertretungskörperschaften der neugliederten Gemeinden und des Landkreises Hersfeld-Rotenburg


(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden und Landkreisen gilt als Wohnsitz in den neuen oder aufnehmenden Gemeinden und im Landkreis Hersfeld-Rotenburg.

VIERTER ABSCHNITT

Schlußbestimmungen

§ 23
Änderung der Grenzen der Regierungsbezirke
§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der Regierungsbezirke und den Dienstsitz des Regierungspräsidiums vom 29. April 1968 (GVBl. I S. 119) wird wie folgt geändert:
In Abs. 2 werden das Wort „Rotenburg“ und das Komma nach diesem Wort gestrichen; nach dem Wort „Hersfeld“ wird mit einem Bindestrich das Wort „Rotenburg“ eingefügt.

§ 24
Ausführungsvorschriften
Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

§ 25
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische
Ministerpräsident
Oswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

8) Änder GVBl. II 300-7
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Gesetz**

**zur Neugliederung der Landkreise Fulda und Hünfeld**

**und der Stadt Fulda**

**Vom 11. Juli 1972**

**ERSTER ABSCHNITT**

**Neugliederung auf der Gemeindeebene**

§ 1

Stadt Fulda

Die Gemeinden Bernhards, Besges, Bronnzell, Dietershan, Edelzell, Gläserzell, Haimbach, Harmerz — mit Ausnahme der in § 12 Abs. 2 Nr. 2 genannten Flurstücke —, Istergiesel — mit Ausnahme der in § 12 Abs. 2 Nr. 1 und § 14 Abs. 2 Nr. 2 genannten Flurstücke —, Johannberg, Kämmerzell, Kohlhaus, Lehnerz, Lödermünd, Maberzell, Maltkes, Mittlerode, Niederrode, Niesig, Oberrode — mit Ausnahme der in § 14 Abs. 2 Nr. 1 genannten Flurstücke —, Rodges, Sickels, Zell und Zirkenekeben werden in die Stadt Fulda eingegliedert.

§ 2

Gemeinde Hofbieber

Die Gemeinden Mahlerbr, Obergrub, Obermühl und Schwarzbach werden in die Gemeinde Hofbieber eingegliedert.

§ 3

Gemeinde Dipperz

Die Gemeinden Archenh, Dipperz, Dörnbach (Fulda), Finkenhain — mit Ausnahme der in § 9 Abs. 2 Nr. 2 genannten Flurstücke —, Friesenhahen, Kohlgro, Wisselrod und Wolferts werden zu einer Gemeinde mit dem Namen „Dipperz“ zusammengeschlossen.

§ 4

Gemeinde Hilders

Die Gemeinde Unterbernahrs wird in die Gemeinde Hilders eingegliedert.

§ 5

Stadt Tann

Die Gemeinden Habel, Neuschwambach, Neusworts, Schiltzehausen und Theobaldshof werden in die Stadt Tann eingegliedert.

§ 6

Gemeinde Ehrenberg

Die Gemeinden Reubach und Thaiden werden in die Gemeinde Ehrenberg eingegliedert.

§ 7

Stadt Gersfeld

(1) Die Gemeinde Dalherda wird in die Stadt Gersfeld eingegliedert.

(2) In die Stadt Gersfeld werden weiter eingegliedert aus der Gemeinde Ebersburg die Flurstücke:

- Gemarkung Stellberg
- Flur 4 und 5.

§ 8

Gemeinde Ebersburg

In die Gemeinde Ebersburg werden eingegliedert:

1. aus der Stadt Gersfeld die Flurstücke:
   - Gemarkung Gichenbach
   - Flur 1;

2. aus der Gemeinde Eichenzehl die Flurstücke:
   - Gemarkung Lütter
   - Flur 10 und 11.

§ 9

Gemeinde Poppenhausen

(1) Die Gemeinden Altroda, Gackenhof, Poppenhausen an der Wasserkuppe, Rodholz und Steinwand werden zu einer Gemeinde mit dem Namen „Poppenhausen“ zusammengeschlossen.

(2) In die Gemeinde Poppenhausen werden eingegliedert:

1. aus der Gemeinde Hofbieber die Flurstücke:
   - Gemarkung Danzwiesen
   - Flur 4 mit Ausnahme der Flurstücke 1, 2, 3/1, 3/2, 3/3, 4/1 und 5
   - Flur 5 Nr. 4/2, 21, 22/4, 28, 29 und 30;

2. aus der Gemeinde Finkenhain die Flurstücke:
   - Gemarkung Finkenhain
   - Flur 3 Nr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17/1, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 25/2 und 33/3;

3. aus der Gemeinde Ebersburg die Flurstücke:
   - Gemarkung Ebersburg
   - Flur 4 mit Ausnahme der Flurstücke 61, 62, 63, 64, 65 und 69/1
   - Flur 5 Nr. 1/2, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12/1, 12/2, 13, 15, 16, 17/1, 17/2, 18 bis 21, 23/1, 24/3, 25 bis 28, 29/1, 30 bis 35, 56, 57 und 58/2.

§ 10

Gemeinde Eichenzehl

Die Gemeinde Lohnerhöhe wird in die Gemeinde Eichenzehl eingegliedert.
§ 11
Gemeinde Kalbach
Die Gemeinden Oberkalbach und Uttrichshausen aus dem Landkreis Schüchtern werden in die Gemeinde Mittelkalbach eingegliedert; die Gemeinde Mittelkalbach erhält den Namen „Kalbach“.

§ 12
Gemeinde Neuhof
(1) Die Gemeinden Hattenhof, Hauswurz und Rommerz werden in die Gemeinde Neuhof eingegliedert.
(2) In die Gemeinde Neuhof werden weiter eingegliedert:
1. aus der Gemeinde Istergiesel die Flurstücke:
   Gemarkung Oberförsterei Giesel, Flur 1 und 2;
2. aus der Gemeinde Harmerz die Flurstücke:
   Gemarkung Oberförsterei Giesel, Flur 1 Nr. 8 und 48.

§ 13
Gemeinde Flieden
Die Gemeinden Rükers und Schweben werden in die Gemeinde Flieden eingegliedert.

§ 14
Gemeinde Großenlüder
(1) Die Gemeinden Bimbach, Lütterz und Müs werden in die Gemeinde Großenlüder eingegliedert.
(2) In die Gemeinde Großenlüder werden weiter eingegliedert:
1. aus der Gemeinde Oberrode die Flurstücke:
   Gemarkung Oberrode, Flur 7 und 8;
2. aus der Gemeinde Istergiesel die Flurstücke:
   Gemarkung Oberförsterei Giesel, Flur 3.

§ 15
Gemeinde Nütttal
Die Gemeinden Gothards und Haselstein werden in die Gemeinde Nütttal eingegliedert.

§ 16
Gemeinde Burghaun
Die Gemeinde Kiebitzgrund wird in die Gemeinde Burghaun eingegliedert.

§ 17
Gemeinde Eiterfeld
Die Gemeinden Buchenau, Leimbach, Mengers, Ulhausen und Wölfe werden in die Gemeinde Eiterfeld eingegliedert.

ZWEITER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Kreisebene

§ 18
Landkreis Fulda
(2) Die Stadt Fulda wird in den neuen Landkreis Fulda eingegliedert.

DRITTER ABSCHNITT
Überleitungsvorschriften

§ 19
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der bisherigen Gemeinden. Der neue Landkreis Fulda ist Rechtsnachfolger der Landkreise Fulda und Hünfeld.

§ 20
Rechtsstellung der Bediensteten
Die Beamten der Landräte der Landkreise Fulda und Hünfeld als Behörden der Landesverwaltung gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als versetzt zum Landrat des neuen Landkreises Fulda als Behörde der Landesverwaltung.

§ 21
Orts- und Kreisrecht
In den neugegliederten Gemeinden und Landkreisen gilt das bisherige Orts- und Kreisrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 22
Überleitung der Haushaltspläne
(1) Der neue Landkreis Fulda führt die Haushaltspläne der bisherigen Landkreise Fulda und Hünfeld auf der Grundlage der von diesen Landkreisen erlassenen Haushaltssatzungen bis zum Ende des Rechnungsjahres 1972 weiter. Der neue Landkreis Fulda kann für das Rechnungsjahr 1972 für die Bereiche der bisherigen Landkreise Fulda und Hünfeld Nachtragshaushaltssatzungen erlassen. Das Recht, bereits 1972 eine Haushalts-
satzung für den neuen Landkreis Fulda zu erlassen, bleibt unberührt.

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die neugegliederten Gemeinden des neuen Landkreises Fulda sowie für die neugegliederte Stadt Fulda.

(3) Bei Eingliederung der Stadt Fulda in den neuen Landkreis Fulda sind der neue Landkreis Fulda sowie die Stadt Fulda zum Erlaß einer Nachtragshaus- haltssatzung verpflichtet.

§ 24
Änderung der Grenzen der Regierungsbezirke

§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der Regierungsbezirke und den Dienstsitz des Regierungspräsidenten vom 29. April 1968 (GVBl. I S. 119)1) wird wie folgt geändert:


§ 25
Ausführungsvorschriften

Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsverordnungen.

§ 26
Inkrafttreten


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt. Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische Minister des Innern
Bielefeld

1) Andert GVBl. II 300-7

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Neugliederung des Landkreises Bergstraße*)

Vom 11. Juli 1972

ERSTER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Gemeinde Lautertal

(1) Die Gemeinden Knoden und Schannenbach werden in die Gemeinde Lautertal eingegliedert.

1) GVBl. II 330-15

(2) In die Gemeinde Lautertal werden weiter eingegliedert aus der Stadt Bensheim die Flurstücke:
Gemarkung Reichenbach
Flur 13 Nr. 19 bis 22
Flur 15
Flur 16 Nr. 1/1.

§ 2
Stadt Lindenfels
Die Gemeinde Seidenbuch wird in die Stadt Lindenfels eingegliedert.
§ 3
Gemeinde Birkenau
In die Gemeinde Birkenau werden eingegliedert aus der Gemeinde Abtsteinach die Flurstücke:
Gemarkung Mackenheim
Flur 5.

§ 4
Gemeinde Wald-Michelbach
Die Gemeinde Affolterbach wird in die Gemeinde Wald-Michelbach eingegliedert.

§ 5
Gemeinde Grasellenbach
Die Gemeinden Litzebach und Scharbach werden in die Gemeinde Grasellenbach eingegliedert.

ZWEITER ABSCHNITT
Eingliederung gemeindefreier Grundstücke

§ 6
Wehrzollhaus, Wildbahn
Die im Liegenschaftskataster der ehemaligen Gemeinde Rosengarten nachgewiesenen gemeindefreien Grundstücke („Wehrzollhaus“) und die in der ehemals selbständigen Gemarkung „Wildbahn“ gelegenen gemeindefreien Grundstücke werden in die Stadt Lampertheim eingegliedert.

§ 7
Seehof
Die in der ehemals selbständigen Gemarkung „Seehof“ gelegenen gemeindefreien Grundstücke werden in die Stadt Lampertheim eingegliedert, mit Ausnahme der Flurstücke
Flur 1
Flur 2 Nr. 1 bis 4, 13/1, 14/1, 15, 16, 23/1, 24/1, 25/1, 26, 27, 33/1, 34/1 und 35/1
Flur 3 Nr. 12, 13, 14/1, 15/1, 16/1, 17 bis 20, 48/1 und 49/1,
die in die Stadt Lorsch eingegliedert werden.

DRITTER ABSCHNITT
Überleitungsvorschriften

§ 8
Rechtsnachfolge
Die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der eingegliederten Gemeinden.

§ 9
Ortsrecht
In den neugegliederten Gemeinden gilt das bisherige Ortsrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 10
Überleitung der Haushaltspläne

§ 11
Wahl der Vertreitungskörperschaften
der neugegliederten Gemeinden und des Landkreises Bergstraße

(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden gilt als Wohnsitz in den neugegliederten Gemeinden.


vierter Abschnitt
Schlußbestimmungen

§ 12
Ausführungsvorschriften
Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

§ 13
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische Minister des Innern
Bielefeld
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Neugliederung des Landkreises Erbach

Vom 11. Juli 1972

ERSTER ABSCHNITT

Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Gemeinde Reichelsheim i. Odw.
Die Gemeinden Beerfurth und Oberkainsbach werden in die Gemeinde Reichelsheim i. Odw. eingegliedert.

§ 2
Gemeinde Lützelwiebelsbach

§ 3
Gemeinde Bad König
Die Gemeinden Etzen-Gesäß und Zell werden in die Gemeinde Bad König eingegliedert.

§ 4
Stadt Michelstadt
Die Gemeinden Steinbach und Vielbrunn werden in die Stadt Michelstadt eingegliedert.

§ 5
Stadt Erbach
Die Gemeinde Schönnau wird in die Stadt Erbach eingegliedert.

§ 6
Gemeinde Mossental
Die Gemeinden Gütersbach und Hüttenthal werden in die Gemeinde Mossental eingegliedert.

§ 7
Gemeinde Rothenberg
Die Gemeinde Raubach wird in die Gemeinde Rothenberg eingegliedert.

§ 8
Gemeinde Brensbach
Die Gemeinden Höllerbach, Niederkainsbach und Wallbach sowie die Gemeinde Wersau aus dem Landkreis Dieburg werden in die Gemeinde Brensbach im Landkreis Dieburg eingegliedert.

ZWEITER ABSCHNITT

Neugliederung auf der Kreisebene

§ 9
Odenwaldkreis
(1) Der Landkreis Erbach erhält den Namen „Odenwaldkreis“.

(2) Die Gemeinden Brensbach und Fränkisch-Crumbach aus dem Landkreis Dieburg werden in den Odenwaldkreis eingegliedert.

DREITER ABSCHNITT

Überleitungsvorschriften

§ 10
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der bisherigen Gemeinden.

§ 11
Ortsrecht
In den neugegliederten Gemeinden gilt das bisherige Ortsrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 12
Überleitung der Haushaltspläne

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die Gemeinde Lützelwiebelsbach, das Recht, bereits 1972 eine Haushaltsbeschluß für die neue Gemeinde zu erlassen, bleibt unberührt.

§ 13
Wahl der Vertretungskörperschaften der neugliederten Gemeinden und des Odenwaldkreises


(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden und Landkreisen gilt als Wohnsitz in den neugliederten Gemeinden und im Odenwaldkreis.

7 GVBl. II 330-18
VIERTER ABSCHNITT
Schlußbestimmungen
§ 14
Änderung der Grenzen der Regierungsbezirke
§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der Regierungsbezirke und den Dienst-
sitz des Regierungspräsidenten vom 29. April 1968 (GVBl. I S. 119)1) wird wie
folgt geändert:
In Abs. 1 werden das Wort „Erbach“ und das Komma nach diesem Wort ge-
strichen und nach dem Wort „Ober-
taunuskreis“ ein Komma und das Wort „Odenwaldkreis“ eingefügt.

§ 15
Ausführungsvorschriften
Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforder-
lichen Rechtsverordnungen und Verwaltungs- vorschriften.

§ 16
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische
Ministerpräsident
Oswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

1) Andert GVBl. II 300-7

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Neugliederung der Landkreise Hofgeismar,
Kassel und Wolfhagen*)

Vom 11. Juli 1972

ERSTER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Gemeinde Niestetal
Die Gemeinden Helligrode und Sandershausen werden zu einer Gemeinde mit dem Namen „Niestetal“ zusammengeschlossen.

§ 2
Gemeinde Helsa

§ 3
Gemeinde Fulda-Brück

§ 4
Stadt Baunatal
Die Gemeinde Buchenhausen wird in die Stadt Baunatal eingegliedert.

§ 5
Gemeinde Schauenburg
Die Gemeinden Elgershausen und Hoof werden zu einer Gemeinde mit dem Namen „Schauenburg“ zusammengeschlossen.

§ 6
Stadt Volkmarshausen
Die Gemeinden Herbes, Hörle, Kühl und Lütersheim aus dem Landkreis Waldeck werden in die Stadt Volkmarshausen eingegliedert.

§ 7
Gemeinde Breuna
Die Gemeinden Nieder-listingen und Ober-listingen werden in die Gemeinde Breuna eingegliedert.

§ 8
Gemeinde Ahnatal
Die Gemeinden Heckershausen und Weimar werden zu einer Gemeinde mit
dem Namen „Ahnatal“ zusammenge-

schlossen.

§ 9
Gemeinde Fuldaatal
Die Gemeinde Rothwesten wird in die Gemeinde Fuldaatal eingegliedert.

§ 10
Gemeinde Calden
Die Gemeinden Ehrstein und Ober-
meiser werden in die Gemeinde Calden eingegliedert.

§ 11
Stadt Liebenau
Die Gemeinde Zwergen wird in die Stadt Liebenau eingegliedert.

§ 12
Gemeinde Oberweser
Die Gemeinde Heisebeck wird in die Gemeinde Oberweser eingegliedert.

§ 13
Stadt Karlshafen
Die Städte Helmarshausen und Karlshaf-

en werden zu einer Stadt mit dem Namen „Karlshafen“ zusammengeschlos-

sen.

ZWEITER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Kreisebene

§ 14
Landkreis Kassel
(1) Der Landkreis Hofgeismar mit den Städten Grebenstein, Hofgeismar, Im-

menhausen, Karlshafen, Liebenau, Tren-
delburg und den Gemeinden Calden, Oberweser, Reinhardshagen und Wahls-
burg, der Landkreis Kassel mit der Stadt Baunatal und den Gemeinden Ahnatal, Espenau, Fuldaabrück, Fuldaatal, Helsa, Kaufenberg, Lobfelden, Nieste, Niestetal, Schauenburg, Sörewald und Vollmar und der Landkreis Woffhagen mit den Städten Naumburg, Woffhagen, Zieren-
berg und den Gemeinden Breuna, Emstal und Habichtswald werden zu einem Land-
kreis mit dem Namen „Landkreis Kassel“ zusammengeschlossen. Sitz der Kreisverwaltung ist die Stadt Kassel; § 11 Abs. 2 der Hessischen Landkreis-
ordnung bleibt unberührt.

(2) Die Stadt Volkmarsen wird in den Landkreis Waldeck, der im Landkreis Kassel gelegene Teil des Gutsbezirks Kaufungen Wald wird in den Landkreis Witzenhausen eingegliedert.

DRITTER ABSCHNITT

§ 15
Zweckverband „Raum Kassel“
Die Städte und Gemeinden Ahnatal, Baunatal, Fuldaabrück, Fuldaatal, Kas-

sel, Kaufenberg, Lobfelden, Niestetal, Schauenburg und Vollmar sowie der Landkreis Kassel für das Gebiet der ge-
nannten kreisangehörigen Städte und Gemeinden arbeiten insbesondere bei der Flächennutzungs- und -entwicklungs-

planung in einem Zweckverband „Raum Kassel“ zusammen. Bis zum Erlaß eines Gesetzes, welches das Nähere über Or-

ganisation und Aufgaben dieses Verban-

des regelt, finden die Vorschriften des Gesetzes über kommunale Gemein-

schaftsarbeit (KGG) vom 16. Dezember 1969 (GVBl. I S. 307) und des Bundes- 


VIERTER ABSCHNITT

Überleitungsvorschriften

§ 16
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Ge-

meinden sind Rechtsnachfolger der bis-

herigen Gemeinden. Der neue Landkreis Kassel ist Rechtsnachfolger der Land-

kreise Hofgeismar, Kassel und Wolfha-

gen.

§ 17
Rechtsstellung der Bediensteten
Die Beamten der Landräte der Land-

kreise Hofgeismar, Kassel und Wolf-

hagen als Behörden der Landesverwal-

tung gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als versetzt zum Landrat des neuen Landkreises Kassel als Be-
hörde der Landesverwaltung.

§ 18
Orts- und Kreisrecht
In den neugliederten Gemeinden und Landkreisen gilt das bisherige Orts-

und Kreisrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 19
Überleitung der Haushaltspläne
(1) Der neue Landkreis Kassel führt die Haushaltspläne der bisherigen Land-

kreise Hofgeismar, Kassel und Wolf-
hagen auf der Grundlage der von diesen Landkreisen erlassenen Haushaltsplä-

nungen bis zum Ende des Rechnungsjahres 1972 weiter. Der neue Landkreis Kassel kann für das Rechnungsjahr 1972 für die Bereiche der bisherigen Landkreise Hof-
geismar, Kassel und Wolfhagen Nach-
tragshaushaltspläne erlassen. Das Recht, bereits 1972 eine Haushaltspla-

nung für den neuen Landkreis Kassel zu erlassen, bleibt unberührt.

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die neu-

gliederten Gemeinden des neuen Land-

kreises Kassel.

§ 20
Wahl der Vertretungskörperschaften
der neugliederten Gemeinden und
des neuen Landkreises Kassel
(1) Die Vertretungskörperschaften der neugliederten Gemeinden und des neuen Landkreises Kassel werden am Tage der allgemeinen Gemeinde- und

(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden und Landkreisen gilt als Wohnsitz in den neuen oder aufnehmenden Gemeinden und im neuen Landkreis Kassel.

Fünfter Abschnitt
Schlussbestimmungen
§ 21
Änderung der Grenzen der Regierungsbezirke
§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der Regierungsbezirke und den Dienstsitz des Regierungspräsidenten vom 29. April 1968 (GVBl. I S. 119)1) wird wie folgt geändert:

§ 22
Ausführungsvorschriften
Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

§ 23
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische Ministerpräsident
Oswald

Der Hessische Minister des Innern
Bielefeld

1) Ändert GVBl. II 300-7

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Neugliederung des Oberaltauskreises
und des Landkreises Uslingen*

Vom 11. Juli 1972

Erster Abschnitt
Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Gemeinde Weilrod


(2) In die Gemeinde Weilrod werden eingegliedert:
1. aus der Gemeinde Grävenwiesbach die Flurstücke:
   Gemarkung Laubach
   Flur 9;

2. aus der Gemeinde Treisberg die Flurstücke:
   Gemarkung Altweilnau
   Flur 9 Nr. 169/72, 170/93 und 171/94.

§ 2
Stadt Uslingen

Die Gemeinden Eschbach, Merzhausen und Wilhelmsdorf werden in die Stadt Uslingen eingegliedert.

§ 3
Gemeinde Wehrheim

Die Gemeinde Oberhain wird in die Gemeinde Wehrheim eingegliedert.

§ 4
Gemeinde Schmitten

Die Gemeinden Arnoldshain, Dorfweil, Schmitten und Treisberg — mit Ausnahme der in § 1 Abs. 2 Nr. 2 ge-

1) GVBl. II 330-18

§ 5
Stadt Königstein i. Ts.
(1) Die Gemeinden Falkenstein und Mammolshain werden in die Stadt Königstein i. Ts. eingegliedert.

(2) In die Stadt Königstein i. Ts. werden weiter eingegliedert aus der Gemeinde Altenhain im Main-Taunus-Kreis die Flurstücke:
Gemarkung Altenhain
Flur 1 mit Ausnahme der Flurstücke 8/1, 8/2, 8/3, 9/12, 10/1, 10/2, 10/3, 12/1, 13/1 und 36/2.

Flur 13 Nr. 69/1, 69/2, 69/3, 69/4, 70/1, 70/2, 70/3, 70/4, 70/5, 73/2, 73/5, 73/6, 73/12, 73/13, 77/1, 77/2, 77/3, 77/4, 77/5, 77/6, 77/7, 77/8, 77/9, 77/10, 77/11, 127/39, 127/40, 127/41 und 130.

§ 6
Stadt Oberursel (Taunus)
In die Stadt Oberursel (Taunus) werden eingegliedert:
1. aus der Stadt Bad Homburg v. d. H. die Flurstücke:
   Gemarkung Dornholzhausen
   Flur 9;

2. aus der Gemeinde Steinbach a. Ts. die Flurstücke:
   Gemarkung Steinbach
   Flur 8 Nr. 1/3, 1/7, 1/8 und 2/2;

3. aus der Gemeinde Harheim im Landkreis Friedberg die Flurstücke:
   Gemarkung Harheim
   Flur 9 und 10;

4. aus der Stadt Bad Vilbel im Landkreis Friedberg die Flurstücke:
   Gemarkung Massenheim
   Flur 7.

§ 7
Gemeinde Steinbach a. Ts.
In die Gemeinde Steinbach a. Ts. werden eingegliedert aus der Stadt Oberursel (Taunus) die Flurstücke:
Gemarkung Stierstadt
Flur 38

Gemarkung Weißkirchen
Flur 20 Nr. 6/2201, 7/2202, 2203/2, 9/2203 und 11/2440

Flur 21 Nr. 4/2248, 6/2249, 8/2250, 10/2251, 12/2252, 2253/1, 14/2253, 16/2254, 18/2255, 21/2256, 23/2257, 28/2258, 27/2259, 28/2260, 29/2261, 2262 bis 2264, 34/2301, 36/2302, 38/2303, 49/2304, 42/2305, 44/2306, 46/2307, 48/2308, 50/2309, 52/2310, 55/2311, 57/2312, 60/3442, 61/3443 und 62/3443

Flur 22 Nr. 7/2338, 9/2339, 11/2340, 13/2341, 75/2341, 15/2342, 2343/1, 17/2343, 63/2343, 19/2344, 21/2345, 23/2346, 25/2347, 27/2348, 29/2349, 30/2350, 31/2351, 2352 bis 2355, 86/2370, 37/2371, 40/2373, 42/2374, 44/2375, 2376/1, 45/2376, 65/2376, 2377/1, 49/2377, 50/2376, 51/2379, 52/2380, 53/2381, 54/2382, 55/2383, 56/2384, 57/2385, 58/2386, 59/2387, 60/2388, 2389 bis 2407 und 61/3445

Flur 29.

§ 8
Stadt Bad Homburg v. d. H.

(2) In die Stadt Bad Homburg v. d. H. werden weiter eingegliedert aus der Gemeinde Nieder-Eschbach im Landkreis Friedberg die Flurstücke:
Gemarkung Nieder-Eschbach
Flur 11, 12, 13 und 14.

§ 9
Stadt Friedrichsdorf
(1) Die Stadt Friedrichsdorf und die Gemeinden Köppern und Seulberg sowie die Gemeinde Burgholzhausen vor der Höhe aus dem Landkreis Friedberg werden zu einer Stadt mit dem Namen „Friedrichsdorf“ im Obertaunuskreis zusammengeschlossen.

(2) In die Stadt Friedrichsdorf werden eingegliedert:
1. aus der Gemeinde Ober-Erlbach im Landkreis Friedberg die Flurstücke:
   Gemarkung Ober-Erlbach
   Flur 19, 20, 21, 22 und 23;

2. aus der Gemeinde Nieder-Erlbach im Landkreis Friedberg die Flurstücke:
   Gemarkung Nieder-Erlbach
   Flur 17, 18 und 19;

3. aus der Gemeinde Petterweil im Landkreis Friedberg die Flurstücke:
   Gemarkung Petterweil
   Flur 10, 11, 12, 13 und 14.

§ 10
Gemeinde Glashütten
Die Gemeinde Schloßborn im Main-Taunus-Kreis wird in die Gemeinde Glashütten im Main-Taunus-Kreis eingegliedert.

§ 11
Stadt Frankfurt am Main
(1) Die Gemeinde Kalbach wird in die Stadt Frankfurt am Main eingegliedert.
(2) In die Stadt Frankfurt am Main werden weiter eingegliedert:
1. aus der Stadt Oberursel (Taunus) die Flurstücke:
   Gemarkung Weißkirchen
   Flur 15
   Flur 20 Nr. 2042 bis 2070, 2093 bis 2122, 2146 bis 2180 und 3438/3
   Flur 21 Nr. 2204 bis 2238, 2253/2, 2265 bis 2296, 30/2297, 31/2298,
   92/2299, 2300/1, 2300/2, 90/2303, 89/2304, 88/2306,
   87/2308, 86/2309, 76/2311, 75/3441 und 84/3442
   Flur 22 Nr. 2313 bis 2331, 1/2332, 2/2333, 67/2334, 68/2335,
   69/2336, 70/2337, 71/2339, 72/2340, 73/2341, 2343/2,
   74/2346, 2346/1, 2356 bis 2365, 77/2366, 78/2367,
   79/2368, 80/2369, 81/2370, 82/2373, 83/2374, 84/2375,
   85/2376, 2376/2, 2377/2, 3444 und 76/3445
   Flur 24 bis 26, 28, 30 bis 33
   Gemarkung Bommersheim
   Flur 59 Nr. 20 und 45;
2. aus der Gemeinde Steinbach a. Ts. die Flurstücke:
   Gemarkung Steinbach a. Ts.
   Flur 5 Nr. 40.

§ 12
Gemeinde Waldems

ZWEITER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Kreisebene

§ 13
Hochtaunuskreis
(2) Die Gemeinde Glaßhütten aus dem Main-Taunus-Kreis wird in den Hochtaunuskreis eingegliedert.

DRITTER ABSCHNITT
Überleitungsvorschriften

§ 14
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der bisherigen Gemeinden. Der Hochtaunuskreis ist Rechtsnachfolger des Obertaunuskreises und des Landkreises Usingen.

§ 15
Rechtsstellung der Bediensteten

§ 16
Orts- und Kreisrecht
In den neugliederten Gemeinden und Landkreisen gilt das bisherige Orts- und Kreisrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 17
Überleitung der Haushaltspläne
(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die neugliederten Gemeinden des Hochtaunuskreises.

§ 18
Wahl der Vertretungskörperschaften der neugliederten Gemeinden und des Hochtaunuskreises
(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden und Landkreisen gilt als Wohnsitz in den neuen oder aufnehmenden Gemeinden und im Hochtaunuskreis.
VIERTER ABSCHNITT
Schlußbestimmungen

§ 19
Änderung der Grenzen
der Regierungsbezirke

§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der
Regierungsbezirke und den Dienstzustand
des Regierungspräsidenten vom
29. April 1968 (GVBl. I S. 119)³ wird wie
folgt geändert:

In Abs. 1 werden das Wort „Obertaunuskreis“ und das Komma nach diesem
Wort und nach dem Wort „Untertaunuskreis“ das Komma und das Wort „Usingen“ gestrichen; nach dem Wort „Hanau“
werden ein Komma und das Wort „Hochtaunuskreis“ eingefügt.

§ 20
Ausführungsvorschriften

Der Minister des Innern erläßt die zur
Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsverordnungen.

§ 21
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972
in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische
Ministerpräsident
Osswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

³) Randert GVBl. II 300-7

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Neugliederung der Landkreise Büdingen und Friedberg

Vom 11. Juli 1972

ERSTER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Gemeindeebene

§ 1
Stadt Butzbach


(2) In die Stadt Butzbach werden weiter eingegliedert aus der Gemeinde Ober-Mörlein die Flurstücke:
Gemarkung Langenhain-Ziegenberg
Flur 15 und 16.

§ 2
Stadt Bad Nauheim

Die Gemeinden Nieder-Mörlein und Steinfurth werden in die Stadt Bad Nauheim eingegliedert.

§ 3
Stadt Friedberg

Die Gemeinde Dorheim wird in die Stadt Friedberg eingegliedert.

⁷) GVBl. II 330-19

§ 4
Gemeinde Wöllstadt

Die Gemeinden Nieder-Wöllstadt und Ober-Wöllstadt werden zu einer Ge-
meinde mit dem Namen „Wöllstadt“ zusammengeschlossen.

§ 5
Stadt Rosbach

Die Stadt Rosbach und die Gemeinde Rodheim v. d. Höhe werden zu einer Stadt
mit dem Namen „Rosbach“ zusammenge-

§ 6
Stadt Karben

Die Stadt Karben und die Gemeinde Petterweil — mit Ausnahme der in § 9
Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes zur Neugliede-
run des Obertaunuskreises und des Landkreises Usingen genannten Flur-
stücke — werden zu einer Stadt mit dem Namen „Karben“ zusammengeschlossen.

§ 7
Stadt Reichelsheim

Die Gemeinde Weckesheim wird in die Stadt Reichelsheim eingegliedert.
§ 8
Gemeinde Echzell
(1) Die Gemeinde Bingenheim wird in die Gemeinde Echzell eingegliedert.
(2) In die Gemeinde Echzell werden weiter eingegliedert aus der Gemeinde Wölfersehen die Flurstücke:
Gemarkung Berstadt
Flur 1 bis 7.

§ 9
Stadt Nidda
(1) Die Gemeinden Eichelsdorf und Unter-Widdersheim werden in die Stadt Nidda eingegliedert.
(2) In die Stadt Nidda werden weiter eingegliedert aus der Stadt Hungen im Landkreis Gießen die Flurstücke:
Gemarkung Rabertshausen II
Flur 1 und 2.

§ 10
Gemeinde Kefenrod
Die Gemeinde Helfersdorf aus dem Landkreis Gelnhausen wird in die Gemeinde Kefenrod eingegliedert.

§ 11
Stadt Büdingen
Die Gemeinde Düdelsheim sowie die Gemeinde Wolterborn aus dem Landkreis Gelnhausen werden in die Stadt Büdingen eingegliedert.

§ 12
Gemeinde Altenstadt
Die Gemeinde Rodenbach wird in die Gemeinde Altenstadt eingegliedert.

§ 13
Gemeinde Florstadt
Die Gemeinden Nieder-Mockstadt und Stammbheim werden in die Gemeinde Florstadt eingegliedert.

§ 14
Stadt Niddatal
In die Stadt Niddatal werden eingegliedert:
1. aus der Stadt Karben die Flurstücke:
   Gemarkung Burg-Gräfenrode
   Flur 9 und 10;
2. aus der Stadt Nidderau im Landkreis Hanau die Flurstücke:
   Gemarkung Erbstadt
   Flur 9.

§ 15
Stadt Frankfurt am Main
Die Gemeinden Harheim, Nieder-Erlenbach und Nieder-Ensbach werden in die Stadt Frankfurt am Main eingegliedert; ausgenommen sind die in § 6 Nr. 3, § 8 Abs. 2, § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes zur Neugliederung des Obertaunuskreises und des Landkreises Usingen genannten Flurstücke dieser Gemeinden.

§ 16
Gemeinde Gründau

§ 17
Gemeinde Ronneburg
Die Gemeinde Altwiedermus wird in die Gemeinde Ronneburg im Landkreis Hanau eingegliedert.

ZWEITER ABSCHNITT
Neugliederung auf der Kreisebene

§ 18
Wetteraukreis

DRITTER ABSCHNITT
Überleitungsvorschriften

§ 19
Rechtsnachfolge
Die neuen und die aufnehmenden Gemeinden sind Rechtsnachfolger der bisherigen Gemeinden. Der Wetteraukreis ist Rechtsnachfolger der Landkreise Büdingen und Friedberg.

§ 20
Rechtsstellung der Bediensteten
(1) Die Beamten der Landräte der Landkreise Büdingen und Friedberg als Behörden der Landesverwaltung gelten mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes als versetzt zum Landrat des Wetteraukreises als Behörde der Landesverwaltung.
(2) Der Hessische Minister des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gewährung von Leistungen nach der Hessischen Trennungsgeldverordnung abweichend von dieser Verordnung so zu regeln, daß unbillige Belastungen vermieden werden, wenn Beamte oder Richter an einen anderen als den bisherigen
Dienst- oder Wohnort versetzt werden, weil ihre Dienststelle durch Maßnahmen der Verwaltungsreform (Gebiets- oder Funktionalreform) aufgelöst, verlegt, mit einer Dienststelle verschmolzen oder in ihrem Aufbau geändert wird.

§ 21
Orts- und Kreisrecht
In den neugegliederten Gemeinden und Landkreisen gilt das bisherige Orts- und Kreisrecht fort, bis es durch neues Recht ersetzt wird.

§ 22
Überleitung der Haushaltspläne

(2) Abs. 1 gilt sinngemäß für die neugegliederten Gemeinden des Wetteraukreises.

§ 23
Wahl der Vertretungskörperschaften der neugegliederten Gemeinden und des Wetteraukreises

(2) Der Wohnsitz in den bisherigen Gemeinden und Landkreisen gilt als Wohnsitz in den neugegliederten Gemeinden und im Wetteraukreis.

VIERTER ABSCHNITT
Schlussbestimmungen

§ 24
Änderung der Grenzen der Regierungsbezirke
§ 2 des Gesetzes über die Grenzen der Regierungsbezirke und den Dienstsitz des Regierungspräsidiums vom 29. April 1968 (GVBl. I S. 119) wird wie folgt geändert:

In Abs. 1 werden die Worte „Büdingen“ und „Friedberg“ und die Kommata nach diesen Worten gestrichen; nach dem Wort „Usingen“ werden ein Komma und das Wort „Wetteraukreis“ eingefügt.

§ 25
Ausführungsvorschriften
Der Minister des Innern erläßt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.

§ 26
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


D e r  H e s s i s c h e
M i n i s t e r p r ä s i d e n t
O s s w a l d

D e r  H e s s i s c h e
M i n i s t e r d e s I n n e r n
B i e l e f e l d

1) Ändert GVBl. II 200-7
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz
zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften¹)

Vom 11. Juli 1972

Artikel 1


'(1) Die Bediensteten der in § 70 Abs. 1 Nr. 2 bis 4, 9, 12, 13 und 16 genannten Dienststellen wählen Bezirkspersonalräte bei den Regierungspräsidien, die in Nr. 5 und 6 genannten Dienststellen einen Bezirkspersonalrat bei der Direktion der Bereitschaftspolizei.'

Artikel 2


Artikel 3


Artikel 4


Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.


Der Hessische
Ministerpräsident
Oswald

Der Hessische
Minister des Innern
Bielefeld

¹ Ändert GVBl. II 326-2
² GVBl. II —
Fortlaufender Bezug durch die Postanstalten. Der Bezugspreis beträgt jährlich 22,60 DM einschließlich 1,18 DM Mehrwertsteuer. Einzelstücke können vom Verlag Dr. Max Gehler, 6360 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, bezogen werden. Die vorliegende Ausgabe Nr. 17 kostet 1,60 DM zuzüglich 50 DM Versandkosten einschließlich 5,5% Mehrwertsteuer. Herausgegeben von der Hessischen Staatskanzlei in Wiesbaden. — Verlag Dr. Max Gehler, 6360 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, Ruf: Sammel-Nr. (0 61 72) 2 30 56, Postscheck-Konto: Dr. Max Gehler 228 48, Frankfurt (Main).

Druck: Werk- und Feindruckerei Dr. Alexander Krebs, Bad Homburg vor der Höhe, Hessbach (Bergrstr.)

Die Auslieferung von Einzelmöglichkeiten älterer Ausgaben erfolgt auch dann durch den Verlag Dr. Max Gehler, 6360 Bad Homburg vor der Höhe, Postfach 66, wenn der Wiesbadener Kaiser als Verlag angegeben ist.